

Säbelrasseln um Spratlys

Zwischen den Philippinen und China hat ein Kräftemessen um die Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer begonnen, die beide Länder für sich beanspruchen. Die philippinische Regierung ordnete Mitte Februar die Entsendung von Truppenverstärkung, zusätzlichen Aufklärungsflugzeugen und eines Patrouillenbootes auf die Spratlys an, räumte aber zugleich ihre deutliche militärische Unterlegenheit ein.

Zuvor war bekannt geworden, daß die chinesische Armee mit der Errichtung eines Stützpunktes auf einer der acht Inseln begonnen hatte, die Manila beansprucht. Die chinesische Regierung erklärte dazu, die Bebauung des Riffs sei auf untergeordneter Ebene befohlen worden, ohne daß die Führung in Peking davon gewußt habe, und diene dem Schutz von chinesischen Fischern auf dem Archipel. Manila beansprucht von den Spratlys die Kalayaan-Gruppe, die 135 Seemeilen

von der philippinischen Insel Palawan entfernt ist. Auf Kalayaan unterhält die philippinische Armee eine kleine Garnison, der zuletzt nur noch etwa 50 Soldaten angehörten. Auf dem zu Kalayaan gehörenden Panganiban- oder auch Mischief-Riff soll China nun Schiffe stationiert und Gebäude errichtet haben.

Berichte, wonach auch Vietnam neue militärische Einrichtungen auf den Spratlys gebaut habe, wies Manila unterdessen zurück. Es handele sich um eine Marinegarnison, die bereits seit den 80er Jahren bestehe. Außer Vietnam erheben auch Taiwan, Brunei und Malaysia ganz oder teilweise Anspruch auf die Spratlys, auf denen Öl- und Gasvorkommen vermutet werden. Nur Brunei unterhält keine Militäreinrichtungen auf dem Archipel. Der Streit um die Spratlys gilt wegen der umfangreichen Aufrüstung der beteiligten Länder derzeit als größte Gefahr für Frieden und Stabilität in Südostasien.

vgl. Reuter, 15., 16., 17.2.95

Terrorist Jussuf plante Anschläge in den Philippinen

Der Iraker Ramsi Jussuf, der für den Anschlag auf das New Yorker World Trade Center verantwortlich gemacht wird, soll in den Philippinen ein Mordkomplott gegen Papst Johannes Paul II. geschmiedet haben sowie Drahtzieher eines Bombenanschlags auf ein philippinisches Flugzeug im Dezember gewesen sein. Jussuf war Anfang Februar von Pakistan an die USA ausgeliefert worden, wo ihm der Prozeß gemacht werden soll. Die philippinische Regierung kündigte an, auch sie werde Jussuf in Manila wegen Mordes anklagen. Bei dem Bombenanschlag auf eine Maschine von Philippine Airlines auf einem Flug nach Japan war am 11. Dezember eine Person getötet worden. Zunächst hatte sich die philippinische Moslemorganisation Abu Sayyaf zu dem Anschlag bekannt. Experten hatten jedoch angezweifelt, daß die Gruppe über ausreichende Mittel und Strukturen verfügt, um einen solchen Anschlag auszuführen.

ippinischen Behörden nach eigenen Angaben Beweise, die Jussuf mit dem Anschlag in Verbindung bringen. Außerdem habe der 27jährige Iraker weitere Anschläge auf Flugzeuge und westliche Botschaften in Südostasien geplant. Er soll eine Gruppe von etwa 20 Terroristen aus Pakistan, Marokko, der Türkei und den Philippinen kommandiert haben.

In einer von Jussuf benutzten Wohnung in Manila stellte die philippinische Polizei eine Diskette sicher, auf der die genaue Beschreibung eines Attentats auf den Papst während dessen Besuch in Manila im Januar gespeichert sei. Anfang Januar war die philippinische Polizei durch ein Feuer auf eine verdächtige Wohnung aufmerksam geworden, in der sie zwei Komplizen Jussufs festnahm. Jussuf selbst konnte entkommen. Bei den beiden Festgenommenen wurden damals Pläne der Fahrtrouten des Papstes sowie Sprengstoff gefunden.

vgl. AP, 12. u. 13.2., Reuter, 10.u.13.2.95, 11., 12., 13.12.94

John Paul Two Superstar

Der Besuch von Papst Johannes Paul II. vom 11. bis 15. Januar in den Philippinen hat die Nation wochenlang bewegt und beschäftigt wie kein anderes Ereignis. Bereits Wochen vor der Ankunft des Papstes waren die Zeitungen voll mit Berichten und Betrachtungen über das besondere Verhältnis der Filipinos zum Kirchenoberhaupt, liefen die Vorbereitungen in Manila und in den Provinzen auf Hochtouren. Hunderttausende reisten aus dem ganzen Land an, um Johannes Paul II. leibhaftig zu sehen, und zu seinem Abschlußgottesdienst im Luneta Park kamen mindestens vier Millionen Menschen, manche Schätzungen reichten bis zu acht Millionen. Dies war die größte Menschenmenge, die sich je zu einer Papstmesse versammelte.

Der Papst sprach in seinen Predigten vor allem die Jugend an und appellierte an sie, an den traditionellen katholischen Moralvorstellungen festzuhalten. Obwohl er sich nicht ausdrücklich in den Streit zwischen philippinischer Regierung und Amtskirche um die Empfängnisverhütung einmischte, wurden seine Äußerungen eindeutig als Bekräftigung seiner Position verstanden, daß jede Form der künstlichen Empfängnisverhütung eine Sünde ist. Johannes Paul II. hob während seines Besuches immer wieder das besonders enge Verhältnis zwischen Rom und der philippinischen Kirche hervor und erneuerte seinen Auftrag an die philippinischen Katholiken, im überwiegend nicht-christlichen Asien als Missionare zu wirken. Sowohl der Papst als auch seine philippinischen Anhänger zeigten sich sehr

emotional. "John Paul Two, we love you", schallte es dem Papst allerorten entgegen, und auch der versicherte den Menschen immer wieder, wie sehr sie ihm am Herzen lägen.

Kritiker am Papstbesuch gab es zwar auch, doch sie äußerten sich eher vorsichtig, um die Gefühle ihrer Landsleute nicht zu verletzen. Manche Kommentatoren sahen im Verhalten der Menge eine "Vergöttlichung" des Papstes, andere schrieben, es gehe gar nicht so sehr um den Papst als Kirchenoberhaupt als vielmehr um eine Art Superstar, den jeder einfach einmal von Nahem sehen wolle. Die große Zahl der Meßteilnehmer bedeute aber nicht, daß all diese Menschen die Ansichten des Papstes teilten. Dennoch sah sich die philippinische Amtskirche durch den Besuch politisch und gesellschaftlich gestärkt. Selbst solche Bischöfe, die dem Papst eher kritisch gegenüberstehen, äußerten sich nach einem Treffen mit ihm tief beeindruckt und berührt von seiner Person und seiner Ausstrahlung und bezeichneten den Besuch als spirituellen Meilenstein für die philippinische Kirche.

Die Sicherheitsvorkehrungen waren im Vorfeld des Besuches erheblich verschärft worden, insbesondere nach den Terrordrohungen der extremistischen Moslemgruppe Abu Sayyaf. Mehrere Staatsbürger aus arabischen Ländern wurden ausgewiesen oder gar nicht erst ins Land hineingelassen. Der Vatikan hatte Manila eine schwarze Liste mit den Namen von 109 Ausländern übermittelt, die Rom als potentielle Attentäter ansieht.

Carmen Jakobs, eigener Bericht



aus: AW v. 27.1.95, S. 22

Fortschritte bei Gesprächen mit Moslemrebelln

Die philippinische Regierung und die separatistische Moslemorganisation MNLF haben bei ihren Friedensgesprächen offenbar weitreichende Fortschritte erzielt. Nach Angaben der MNLF einigten sich beide Seiten Ende Januar auf die Bildung einer provisorischen Autonomieregierung, die Anfang 1996 ihre Arbeit aufnehmen soll. Die Hafenstadt Zamboanga auf Mindanao solle die Hauptstadt des Autonomiegebiets werden. Offen sei noch die Größe des autonomen Gebiets und die von der MNLF angestrebte Eingliederung ihrer 15.000 Kämpfer in Polizei und Armee. In einem früheren Abkommen mit Ex-Diktator Ferdinand Marcos war eine Autonomieregion aus 13 Provinzen vereinbart worden. Die MNLF will diese Gebietsregelung übernehmen. In einem großen Teil dieser Region, darunter auch in Zamboanga, leben jedoch mehrheitlich Christen. Die Regierung in Manila bestätigte, daß es wesentliche Fortschritte gab. Eine letzte Verhandlungsrunde sei für Juni in Jakarta vereinbart worden.

vgl. AP, 30.1., dpa, 1.2.95

Hungerstreik von politischen Gefangenen

Mit einem siebenwöchigen Hungerstreik hat eine Gruppe von philippinischen Häftlingen, die sich selbst als politische Gefangene bezeichnen, ihre Freilassung zu erzwingen versucht. Wenige Tage vor dem Papstbesuch in den Philippinen begannen Anfang Januar 59 Insassen des Muntinlupa-Gefängnisses von Manila ihren Hungerstreik. Sie appellierten an Papst Johannes Paul II., sich für ihre Freilassung einzusetzen. Präsident Fidel Ramos kündigte während des Papstbesuches die Freilassung von 25 der Hungerstreikenden an. Die übrigen Häftlinge setzten ihre Aktion noch mehrere Wochen fort. Am 12. Februar begannen sie wieder zu essen.

Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen sitzen in den Philippinen 250 bis 300 Menschen aus politischen Gründen in Gefängnissen. Die Regierung bestreitet, daß es noch politische Gefangene gibt. Auch die Hungerstreikenden säßen wegen krimineller Delikte ein. Unter ihnen waren zwei Männer, die wegen der Ermordung eines amerikanischen Armeeobersten 1989 in Manila verurteilt worden waren.

vgl. Reuter, 12.2., 10.1.95

Waffenverbot im Wahlkampf

Das Tragen von Waffen ist in den Philippinen bis zu den Parlaments- und Kommunalwahlen am 8. Mai verboten. Von dem Verbot ausgenommen sind Polizisten und Wachleute sowie mehrere tausend Privatpersonen, die geltend machten, daß sie besonders gefährdet seien. Um diese Ausnahmen hatte es eine hitzige Debatte gegeben. Oppositionelle und Menschenrechtsgruppen befürchteten, daß vor allem Kandidaten und Großgrundbesitzer, die mit ihren Privatarmeen ihre Pächter bei der Wahl unter Druck setzen, in den Genuß der Ausnahmeregelung kämen.

Die Forderung, die Namen dieser Personen zu veröffentlichen, wies die Regierung zurück. Eine Veröffentlichung der Namen gefährde die betreffenden Personen. Die Kritiker hingegen argumentierten, gefährdet seien vor allem diejenigen, die unbewaffnet seien. Wahlkämpfe in den Philippinen verliefen in der Vergangenheit häufig blutig und gewalttätig.

vgl. Reuter, 8.1.95, PDI., Januar 95

Manila ratifiziert GATT-Abkommen

Der philippinische Senat hat am 14. Dezember nach monatelangen Debatten und Protesten das GATT-Abkommen zur Liberalisierung des Welthandels ratifiziert. Während der Abstimmung demonstrierten mehr als tausend Menschen vor dem Senatsgebäude gegen die Ratifizierung des Vertrags. Etwa hundert Demonstranten bewarfen die Sicherheitskräfte mit Flaschen und Steinen, die Polizei setzte Schlagstöcke und Tränengas ein.

Die GATT-Gegner hatten sich in den Philippinen zu einem starken Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Sie warnten vor allem vor einer Schwächung der philippinischen Landwirtschaft durch ungehinderte Import. Auch sei die Industrie des Landes auf dem Weltmarkt noch nicht konkurrenzfähig. Vom freien Welthandel würden nur die reichen Nationen profitieren. Die GATT-Befürworter hingegen befürchteten, daß das Land in die wirtschaftliche Isolation geraten könnte, sollte der GATT-Vertrag nicht ratifiziert werden.

vgl. AP, Reuter, 14.12.94

100.000 Kinderprostituierte in Philippinen und Thailand

Mindestens 100.000 Kinder arbeiten in den Philippinen und in Thailand als Prostituierte. Dies geht aus dem Jahresbericht des UN-Kinderhilfswerks UNICEF hervor. Die "Nachfrage" an minderjährigen Prostituierten ist offenbar auch auf den Anstieg der Aids-Erkrankungen in beiden Ländern zurückzuführen. Viele Kunden gehen davon aus, daß die Ansteckungsgefahr bei Kindern geringer ist.

In den Philippinen stieg die Zahl der HIV-infizierten Menschen im vergangenen Jahr um 25 Prozent auf offiziell 587. Nicht-Regierungs-Organisationen schätzen aber, daß weit mehr Menschen infiziert sind. Die Amtskirche in dem mehrheitlich katholischen Land verbietet strikt die Verwendung von Kondomen und bekämpft entsprechende Aufklärungskampagnen der Behörden.

vgl. Reuter, 10.2.95, AFP, 16.12.94

Aktivitäten deutscher Firmen in Manila

Die Deutsche Bank hat als erstes europäisches Finanzinstitut eine Lizenz zur Eröffnung einer Niederlassung in den Philippinen erhalten. Die Zulassung wurde nach einer Liberalisierung des philippinischen Bankengesetzes erteilt. Neun weitere ausländische Geldinstitute erhielten ebenfalls eine solche.

Auch die deutsche Industrie investiert in dem Inselstaat: BMW begann mit einem lokalen Partner eine Montage der 3er- und 4er-Reihe für zunächst 800 Autos im Jahr. Außerdem eröffnete der BMW-Importeur Asian Carmaker Corp. ein erstes Autohaus in Manila und rechnet mit dem Verkauf von etwa 700 bis 800 BMWs in diesem Jahr. Die Dortmunder Uhde-Werke investieren 80 Mio. Mark in eine Kunststoffabrik, und Siemens plant eine Glasfaserproduktion in den Philippinen.

vgl. dpa, 9.2., dpa, 24.1., AP, ddp, 14.2.95

Militärabkommen mit USA nicht unterzeichnet

Ein umstrittenes Militärabkommen zwischen den USA und den Philippinen ist nicht wie geplant bei einem Treffen hochrangiger Militärvertreter beider Seiten Mitte Dezember in Manila unterzeichnet worden. Nach Darstellung der philippinischen Regierung würde das Abkommen den USA die Lagerung von Waffen in den Philippinen erlauben. Dabei könnten auch Atomwaffen in das Land gebracht werden, was die philippinische Verfassung jedoch verbietet. Die philippinische Regierung fordert wesentliche Veränderungen in dem Abkommen.

vgl. AFP, 16.12.94

Weiter Kämpfe im Süden

Dutzende Rebellen und Soldaten sind Mitte Januar während des Papstbesuches in den Philippinen bei Kämpfen zwischen Regierungs-

truppen und Rebellen der radikalislamischen Splittergruppe Abu Sayyaf getötet worden. Allein im Januar wurden auf der Insel Basilan 80 Menschen bei den Gefechten getötet. Tausende Menschen flohen vor den Kämpfen aus ihren Dörfern. Die Armee hatte ihre Angriffe auf die Stellungen von Abu Sayyaf verstärkt, nachdem die Gruppe mit Terrorakten aus Anlaß des Papstbesuches gedroht hatte. Wenige Tage vor der Ankunft von Johannes Paul II. hatte Abu Sayyaf angekündigt, Dutzende Priester und Nonnen zu entführen. Diese Drohung war in erster Linie als Mittel gewertet worden, die Aufmerksamkeit der internationalen Medien zu erringen.

Vor Weihnachten hatte sich die Armee erneut heftige Gefechte mit der von der MNLF abgespaltenen MILF geliefert, bei denen etwa 40 Menschen getötet wurden. Im Januar nahmen beide Seiten Friedensgespräche auf.

vgl. dpa, 15.1., AP, 9.1.95, dpa, 21.12.94

Wirtschaft auf Wachstumskurs

Die philippinische Wirtschaft wird 1995 nach Einschätzung der Zentralbank in Manila um 6,0 bis 6,5 Prozent wachsen. Dies sei auf steigende Investitionen, eine höhere Verbrauchernachfrage und eine stabile Energieversorgung zurückzuführen. Bis Ende 1995 wird die Inflationsrate nach Berechnungen der Zentralbank auf 6,5 Prozent sinken; 1994 hatte sie 9,5 Prozent betragen.

1994 flossen rund 15 Milliarden Dollar ausländische Investitionen in das Land, davon allein drei Milliarden Dollar aus den USA. In den Philippinen lebt nach wie vor mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Armut.

vgl. *Reuter*, 27.12.94, *dpa*, 9.2.95

Manila gegen Plutoniumschiff

Die philippinische Regierung hat in Paris und Tokio Protest gegen Pläne eingelegt, in Frankreich aufbereitetes Plutonium für japanische Atomkraftwerke per Schiff durch philippinische Gewässer zu transportieren. Präsident Fidel Ramos erklärte, er habe die Marine seines Landes angewiesen, "alle notwendigen Maßnahmen" zu ergreifen, um solche Transporte zu verhindern. Bereits 1992 beim ersten derartigen Plutoniumtransport hatte Manila die Durchfahrt seiner Gewässer verweigert. Damals war das Schiff "Akatsuki Maru" mit seiner hochradioaktiven Ladung durch indonesisches Gewässer gefahren.

vgl. *Reuter*, 21.12.94

10.000 Menschen demonstrieren gegen Terror

10.000 Christen und Moslems haben im Dezember auf der südphilippinischen Insel Basilan gemeinsam gegen den Terror der fundamentalistischen Untergrundorganisation Abu Sayyaf demonstriert. Die Organisation wird für zahlreiche Morde, Entführungen und Bombenanschläge verantwortlich gemacht.

Bei einer Kundgebung zum Abschluß der Demonstration wurden insgesamt zwanzig Briefe von Abu Sayyaf verbrannt, mit denen die Organisation Schutzgelder von verschiedenen Geschäftsleuten erpressen wollte.

vgl. *dpa*, *AP*, 13.12.

Polizei soll auch Ausländer verfolgen

Das philippinische Außenministerium hat die Polizei aufgefordert, ungeachtet einer möglichen Belastung der Beziehungen zu befreundeten Staaten gegen Ausländer mit derselben Härte zu ermitteln wie gegen die eigenen Landsleute. Auch die Gerichte wurden aufgefordert, Ausländer nicht mit größerer Nachsicht zu behandeln als Filipinos, vor allem nicht in Drogenprozessen. Nach Erkenntnissen der Regierung wird gegen Ausländer häufig weniger hart durchgegriffen als gegen Landsleute aus Furcht vor einer Beeinträchtigung der internationalen Beziehungen.

vgl. *Reuter*, 30.11.95

Drogenprozeß verschoben

Der Drogenprozeß gegen den Deutschen Helmuth Herbst und den Schweizer Remo Dalla Corte ist erneut verschoben worden, und zwar auf den 15. März. Wie bereits mehrmals zuvor war die Staatsanwaltschaft zur Fortsetzung des Prozesses am 8. Februar nicht erschienen. Herbst und Dalla Corte waren im April 1994 im philippinischen Ferienort Puerto Galera verhaftet worden, nachdem in ihrem Ferienhaus 22 Kilogramm Haschisch gefunden worden waren. Ihnen droht nach philippinischem Recht die Todesstrafe. Die Verteidigung hat inzwischen wegen Mangels an Beweisen die Einstellung des Verfahrens gefordert. Kurz vor Weihnachten waren die beiden Männer gegen eine Kautions von je 6460 Mark auf freien Fuß gesetzt worden. Der zuständige Richter hatte dies mit der schwachen Beweislage begründet.

Unterdessen begann Anfang Januar im philippinischen Cebu ein weiterer Drogenprozeß gegen einen Deutschen. Bei ihm waren 900 Gramm Haschisch gefunden worden, genug, um in den Philippinen zum Tode verurteilt zu werden. Der Deutsche bestreitet seine Schuld. Die Drogen seien ihm ohne sein Wissen zugesteckt worden. Auch er befindet sich gegen Kautions auf freiem Fuß.

Anfang Dezember hatte ein philippinisches Gericht einen Japaner zum Tode verurteilt, bei dem die Behörden 1,5 kg Marihuana gefunden hatten.

Es war das erste Todesurteil gegen einen Ausländer, seit die Todesstrafe Anfang 1994 wiedereingeführt worden war. Nach Schätzungen der philippinischen Regierung gibt es etwa 300.000 Drogenabhängige im Land, die jede Woche Drogen im Wert von 10,5 Millionen Dollar konsumieren. Zudem werde das Land zunehmend zur Drehscheibe des Drogenhandels vom sogenannten Goldenen Dreieck Burma-Thailand-Laos in die USA und nach Europa.

vgl. *AP*, 8.2., *dpa*, 23.1., *dpa*, 4.1.95, *AP*, *dpa*, 21.12., *dpa*, 8.12., *dpa*, *Reuter*, 7.12.94

Klimakonferenz in Manila

Die Staaten Asiens und des Pazifikraums tragen durch ihren wachsenden Kohlendioxid-Ausstoß zunehmend zum sogenannten Treibhauseffekt bei. Bis zum Jahr 2015 könnten die Emissionen aus dieser Region die der heutigen Industriestaaten übersteigen, warnte eine Klimakonferenz in Manila, an der Mitte Februar Politiker und Wissenschaftler aus 33 Staaten der asiatisch-pazifischen Region teilnahmen.

Die pakistanische Regierungschefin Benazir Bhutto forderte die westlichen Industriestaaten auf, als Hauptverursacher der Umweltverschmutzung auch den größten Teil der Kosten für die Umweltschutzmaßnahmen zu tragen.

vgl. *AFP*, *dpa*, 18.2.95

Affäre Aquino bewegt die Nation

Die Liebesaffäre und Schwangerschaft der Tochter von Ex-Präsidentin Corazon Aquino rührt und spaltet derzeit die gesamte Nation und verursacht fast wöchentlich neue Titelgeschichten in den Zeitungen. Die 23jährige Schauspielerin Kris Aquino hatte im November öffentlich erklärt, sie erwarte ein Kind von ihrem verheirateten Freund, der 20 Jahre älter ist als sie selbst und bereits drei Kinder mit seiner Ehefrau und ein weiteres mit einer Geliebten hat. Daraufhin überwarf sich Corazon Aquino mit der Tochter. Seither befassen sich Talkshows und Zeitschriften, Kirchen und Politiker mit der Affäre, selbst Imelda Marcos gab der Rivalin öffentlich Ratschläge - von Mutter zu Mutter.

Unter dem Druck des öffentlichen Interesses erklärte die streng katholische Ex-Präsidentin inzwischen, sie sei zur Versöhnung mit ihrer Tochter bereit. Kris sei jederzeit wieder zu Hause willkommen, allerdings ohne ihren Geliebten. Corazon Aquino rief die Bevölkerung auf, für

ihre vom moralischen Weg abgekommene Tochter zu beten und ihr zu verzeihen. Tochter Kris hingegen bekennt sich in Fernsehshows nach wie vor zu ihrem Freund und sagt, sie freue sich auf das Kind.

vgl. *AP*, 5.2., 26.1., *AFP*, 25.1.95, *Reuter*, 17.12.94

40 Ausländer ermordet

Mindestens 40 Ausländer sind in den vergangenen beiden Jahren bei Entführungen oder Raubüberfällen in den Philippinen getötet worden, nach Angaben der philippinischen Behörden waren darunter auch sechs Deutsche. Die Regierung in Manila befürchtet, daß diese hohe Zahl von Verbrechen an Ausländern die Bemühungen des Landes um ausländische Investitionen gefährden könnte.

vgl. *AP*, 28.12.94

- Anzeige -

Wer hat die Kokosnuß geklaut?

Biowaschmittel aus Kokosöl - bei uns der große Renner, auf den Philippinen ein großes Problem. Ungerechte Landverteilung und ausbeuterische Pachtverträge lassen die philippinischen Kokosbauern ein Leben am Rande des Hungers führen. Wir wollen nicht, daß unser Umweltbewußtsein auf Kosten der Dritten Welt geht.

Unterstützen Sie unseren Einsatz für die Landrechte der philippinischen Kleinbauern!



Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren

Spendenkonto: 10 90 000, Sparkasse Home (BLZ 432 50 30)
Weitere Informationen (gegen 3,- DM in Briefmarken) bei:
FIAN - Overwegstraße 31 - 44625 Herne